



AMTSBLATT

Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover

JAHRGANG 2012

HANNOVER, 23. FEBRUAR 2012

NR. 06

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER UND DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Region Hannover

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 6 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG), Gemarkungen Ramlingen-Ehlershausen und Otze 58

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Stadt Seelze 58

Landeshauptstadt Hannover

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt LAATZEN

2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich und den Sekundarbereich I der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Laatzen (Schulbezirkssatzung) 58

2. Stadt LEHRTE

Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Lehrte 58

3. Gemeinde UETZE

Bebauungsplan Nr. 21 „Gewerbegebiet Dollbergen Nord-West“, 1. Änderung, Ortschaft Dollbergen 61

4. Gemeinde WEDEMARK

Bebauungsplan Nr. 03/07 „Gewerbegebiet an der BAB A 7“ im Ortsteil Berkhof 62

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Lehrter Wohnungsbau

Bekanntmachung gem. § 52 GmbH-Gesetz 63

**A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND
BEKANNTMACHUNGEN
DER REGION HANNOVER UND DER
LANDESHAUPTSTADT HANNOVER**

Region Hannover

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 6 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG), Gemarkungen Ramlingen-Ehlershausen und Otze

Die Firma Löffler Sand- und Kieswerke GmbH, Garvensstr. 1. 30519 Hannover hat bei mir die Feststellung des Plans nach § 76 Verwaltungsverfahrensgesetz in Verbindung mit § 68 Wasserhaushaltsgesetz zur Änderung und Erweiterung der Bodenabbaustellen in der Stadt Burgdorf, Gemarkungen Ramlingen-Ehlershausen und Otze beantragt.

Für das Vorhaben ist eine Vorprüfung nach § 5 NUVPG durchgeführt worden.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter im Sinne des § 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht zu erwarten sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird daher nicht durchgeführt.

Hannover, den 09.02.2012

REGION HANNOVER
Der Regionspräsident
Im Auftrag
Schubert

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Stadt Seelze

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Geschäftsbereich Hannover – hat bei mir die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens gemäß § 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V.m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) für den Umbau des Knotenpunktes B 441 / K 230 in der Stadt Seelze beantragt.

Für das Vorhaben ist eine Vorprüfung gemäß § 3 c Abs. 1 UVP i.V.m. lfd. Nr. 14.6 der Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben erfolgt.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Ein Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung wird daher nicht durchgeführt.

Diese Entscheidung ist gem. § 3 a Satz 3 UVP nicht selbständig anfechtbar.

Hannover, den 15.02.2012

REGION HANNOVER
Der Regionspräsident
Im Auftrag
Totenhausen

Landeshauptstadt Hannover

**B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN
DER STÄDTE UND GEMEINDEN**

1. Stadt LAATZEN

2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich und den Sekundarbereich I der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Laatzen (Schulbezirkssatzung)

Aufgrund §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG), alle in der jeweils zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Laatzen in seiner Sitzung am 02.02.2012 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

In § 11 wird das Wort Realschule durch das Wort Oberschule ersetzt. § 11 wird zu § 10. Die §§ 12 – 14 werden zu §§ 11 – 13.

Artikel II

Diese Satzung tritt zum 01. August 2011 in Kraft.

Laatzen, den 02.02.2012

STADT LAATZEN
Prinz
Bürgermeister

2. Stadt LEHRTE

Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Lehrte

Für das gemäß § 153 (1) Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) bestehende Rechnungsprüfungsamt hat der Rat der Stadt Lehrte in seiner Sitzung am 08. Februar 2012 folgende Rechnungsprüfungsordnung beschlossen:

§ 1

Stellung des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt ist gemäß § 154 NKomVG dem Rat in seiner sachlichen Tätigkeit unmittelbar unterstellt und nur ihm verantwortlich. Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Rechnungsprüfungsamtes ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister. In Erfüllung seiner Aufgaben ist das Rechnungsprüfungsamt – unbeschadet seiner Verantwortlichkeit gegenüber dem Rat – unabhängig und an Weisungen nicht gebunden, sondern nur dem geltenden Recht unterworfen.

§ 2

Leitung, Prüferinnen und Prüfer

- (1) Die Leitung und die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes müssen fachlich und persönlich für die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes geeignet sein und über eine umfassende Kenntnis der städtischen Verwaltung verfügen, insbesondere die für ihre Prüfungstätigkeit erforderlichen Fachkenntnisse besitzen.
- (2) Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes ist für die ordnungsgemäße und rechtzeitige Erledigung der Prüfungsgeschäfte dem Rat gegenüber verantwortlich. Sie ist Vorgesetzte der Prüferinnen und Prüfer und regelt durch Anordnungen ihre Tätigkeit. Die Prüferinnen und Prüfer führen die Prüfungen in den ihnen übertragenen Aufgabenbereichen in eigener Verantwortung durch und sind insoweit an Weisungen nicht gebunden.

§ 3

Aufgaben

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt übt die Kontrolle über die Haushaltsführung, das Kassen- und Rechnungswesen, die Vermögens- und Schuldenverwaltung und die wirtschaftliche Betätigung der Stadt aus.
- (2) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegen folgende gesetzliche Pflichtaufgaben gemäß § 155 (1) NKomVG:
 1. die Prüfung des Jahresabschlusses,
 2. die Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses,
 3. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses,
 4. die dauernde Überwachung der Kassen der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht, und
 5. die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung.
- (3) Der Rat überträgt dem Rechnungsprüfungsamt außerdem gemäß § 155 (2) NKomVG folgende Aufgaben:
 1. die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,
 2. die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit; dabei soll das Rechnungsprüfungsamt seine Arbeit bei wichtigen Maßnahmen und Projekten bereits begleitend und nicht nur auf abgeschlossene Sachverhalte beschränkt wahrnehmen,
 3. die Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe und der Stiftungen, die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin in Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
 4. die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,
 5. die Prüfung von Abrechnungen über fertig gestellte und abgeschlossene Baumaßnahmen,
 6. die Beratung der Verwaltung und Einrichtungen der Stadt im Rahmen der genannten Aufgaben mit dem Ziel der Prävention von Unregelmäßigkeiten, soweit mit der Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamtes vereinbar,
 7. die Prüfung von Kassenanordnungen vor ihrer Zuleitung an die Stadtkasse (Visakontrolle),
 8. die Prüfung der Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Lehrte an die Fraktionen des Rates auf ihre zweckentsprechende Verwendung.

§ 4

Befugnisse

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt ist berechtigt, von sämtlichen städtischen Dienststellen und Einrichtungen jede für die Prüfung notwendige Auskunft, die Vorlage und Aushändigung von Akten, Schriftstücken und Büchern, den Zutritt zu allen Räumen, Grundstücken und Baustellen, das Öffnen von Behältern usw. und die Entnahme von Materialproben zu verlangen. Die Berechtigung umfasst auch den Zugriff auf gespeicherte Daten. Die Dienststellen und Einrichtungen haben diesem Verlangen zu entsprechen, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.
- (2) Das Rechnungsprüfungsamt kann ohne vorherige Anmeldung Ortsbesichtigungen vornehmen und zu prüfende Veranstaltungen besuchen. Die Leitung und die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes haben sich dabei durch einen Dienstausweis auf Verlangen auszuweisen.

§ 5

Mitteilungspflichten der Verwaltung

- (1) Dem Rechnungsprüfungsamt sind mitzuteilen:
 1. die allgemeinen Vollmachten zur Abgabe verpflichtender Erklärungen (Name und Umfang),
 2. die Ermächtigungen zur Unterzeichnung und Feststellung von Kassenanordnungen (Name, Unterschriftsprobe, Umfang),
 3. die Vollmachten zur Ausführung von Kassengeschäften (Name und Umfang).
- (2) Das Rechnungsprüfungsamt ist von der Absicht,
 1. organisatorische Veränderungen auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und des Vergabewesens vorzunehmen,
 2. Bürokassen und sonstige Kassen einzurichten, zu ändern und aufzuheben,
 3. Gutscheine und geldwerte Drucksachen einzuführen, zu ändern oder aufzuheben, so rechtzeitig unter Vorlage der Unterlagen zu unterrichten, dass es zu dem Vorhaben eine gutachtliche Stellungnahme abgeben kann. Dabei hat es sich insbesondere zu den vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen zu äußern.
- (3) Dem Rechnungsprüfungsamt sind alle amtlichen Verkündungsblätter sowie alle über den Einzelfall hinausgehenden Anordnungen, Erlasse, Verfügungen der Aufsichtsbehörden, Vereinbarungen und Verträge mit Auswirkungen auf das Haushalts-, Kassen und Rechnungswesen (dazu gehören auch Satzungen, Gebührenordnungen, Dienststanweisungen, Preisverzeichnisse, Lohntarife und dergleichen) zur Kenntnis zuzuleiten.
- (4) Alle Berichte anderer Prüfungsorgane (Rechnungshöfe, Rechnungsprüfungsamt der Region Hannover, Finanzamt, Wirtschaftsprüfer usw.) sind dem Rechnungsprüfungsamt vorzulegen.
- (5) Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes erhält die Tagesordnungen, Beschlussvorlagen und sonstigen Unterlagen für die Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Fachausschüsse und der Ortsräte. Desgleichen erhält sie die Niederschriften über die stattgefundenen Sitzungen.
- (6) Die Vorlage der Unterlagen kann auch in digitaler Form oder dem Einräumen von Zugriffsrechten erfolgen.

§ 6

Überwachung der Zahlungsabwicklung

- (1) Bei der dauernden Überwachung der Stadtkasse ist die Zahlungsabwicklung des gesamten Geschäftsbetriebes zu beobachten. Die Stadtkasse leitet dem Rechnungsprüfungsamt ihre Abschlüsse zur Kenntnisnahme zu. Über besondere Vorkommnisse in der Stadtkasse hat die Kassenverwaltung das Rechnungsprüfungsamt zu unterrichten.
Es ist mindestens einmal jährlich eine unvermutete Prüfung der Zahlungsabwicklung (Stadtkasse) durchzuführen. Die Kassenprüfung umfasst auch das Verwahrgelass.
- (2) Die Büro- und sonstigen Kassen sind mindestens einmal jährlich durch die jeweilige Amtsleitung zu prüfen. Das Prüfungsrecht des Rechnungsprüfungsamtes wird dadurch nicht berührt.

§ 7

Vergabeprüfungen

- (1) Vor der Vergabe von Bauleistungen nach der VOB sowie Lieferungen und Leistungen nach der VOL ist das Rechnungsprüfungsamt einzuschalten, wenn die geschätzten Auftragswerte (ohne Umsatzsteuer) die in der jeweiligen gültigen Verfügung zur Visakontrolle genannten Schwellenwerte erreichen bzw. übersteigen.
- (2) Bei Vergaben nach VOF und HOAI ist das Rechnungsprüfungsamt grundsätzlich einzuschalten.
- (3) Im Falle der Beteiligung sind von der bearbeitenden Dienststelle alle Vergabeunterlagen mit einem Vergabevorschlag vorzulegen. Das Rechnungsprüfungsamt ist vor der Beschlussfassung des zuständigen Organs einzuschalten. Das gleiche gilt für Eilentscheidungen.
- (4) Die Regelung des Abs. 1 gilt sinngemäß auch für den Abschluss von Miet-, Leasing-, Wartungs-, Pacht- und sonstigen Nutzungsverträgen. Dieses gilt auch für andere Kostenvereinbarungen (z.B. Zuschüsse, Grundstücksangelegenheiten usw.).
- (5) Das Rechnungsprüfungsamt ist berechtigt, zur Vorbereitung der Rechnungsprüfung Vergabefälle auch unterhalb der Grenze des Abs. 1 zu prüfen.
- (6) Die bearbeitenden Dienststellen haben das Rechnungsprüfungsamt von Submissions- und Abnahmeterminen rechtzeitig zu unterrichten. Das Rechnungsprüfungsamt ist berechtigt, an diesen Terminen teilzunehmen.

§ 8

Visakontrolle

Die Visakontrolle als Maßnahme zur Vorbereitung der Rechnungsprüfung wird vom Rechnungsprüfungsamt nach Unterschriftsleistung des Anordnungsberechtigten, aber vor Zuleitung der Anordnungen an die Stadtkasse, vorgenommen. Art und Umfang der der Visakontrolle unterliegenden Haushaltsplanbereiche werden von der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes bestimmt. Die der Visakontrolle unterliegenden Anordnungen sind dem Rechnungsprüfungsamt so rechtzeitig vorzulegen, dass eine ordnungsgemäße Prüfung unter Beachtung etwaiger Zahlungsfristen möglich ist.

§ 9

Berichte über Prüfungen und sonstige Feststellungen

- (1) Über festgestellte Veruntreuungen und sonstige strafbare Handlungen oder bei begründetem Verdacht von solchen hat die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes den Rat, die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und soweit Kassengeschäfte betroffen sind, die Kassenaufsichtsbeamtin oder den Kassenaufsichtsbeamten unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Über wesentliche Feststellungen und Fragen grundsätzlicher Bedeutung hat die zuständige Prüferin oder der zuständige Prüfer in jedem Fall einen schriftlichen Prüfungsbericht zu fertigen und der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes vorzulegen. Prüfungsberichte und sonstige Prüfungsbemerkungen sind an die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu richten. Geringfügige Beanstandungen sind mit den Dienststellen unmittelbar zu erledigen.
- (3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister legt dem Rat den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit dem Jahresabschluss vor.
Prüfungsberichte aufgrund von besonderen Beschlüssen des Rates und des Verwaltungsausschusses und Prüfungsberichte von besonderer Bedeutung legt das Rechnungsprüfungsamt über die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister dem Rat oder dem Verwaltungsausschuss vor.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Rechnungsprüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Rechnungsprüfungsordnung vom 26.08.1981 außer Kraft.

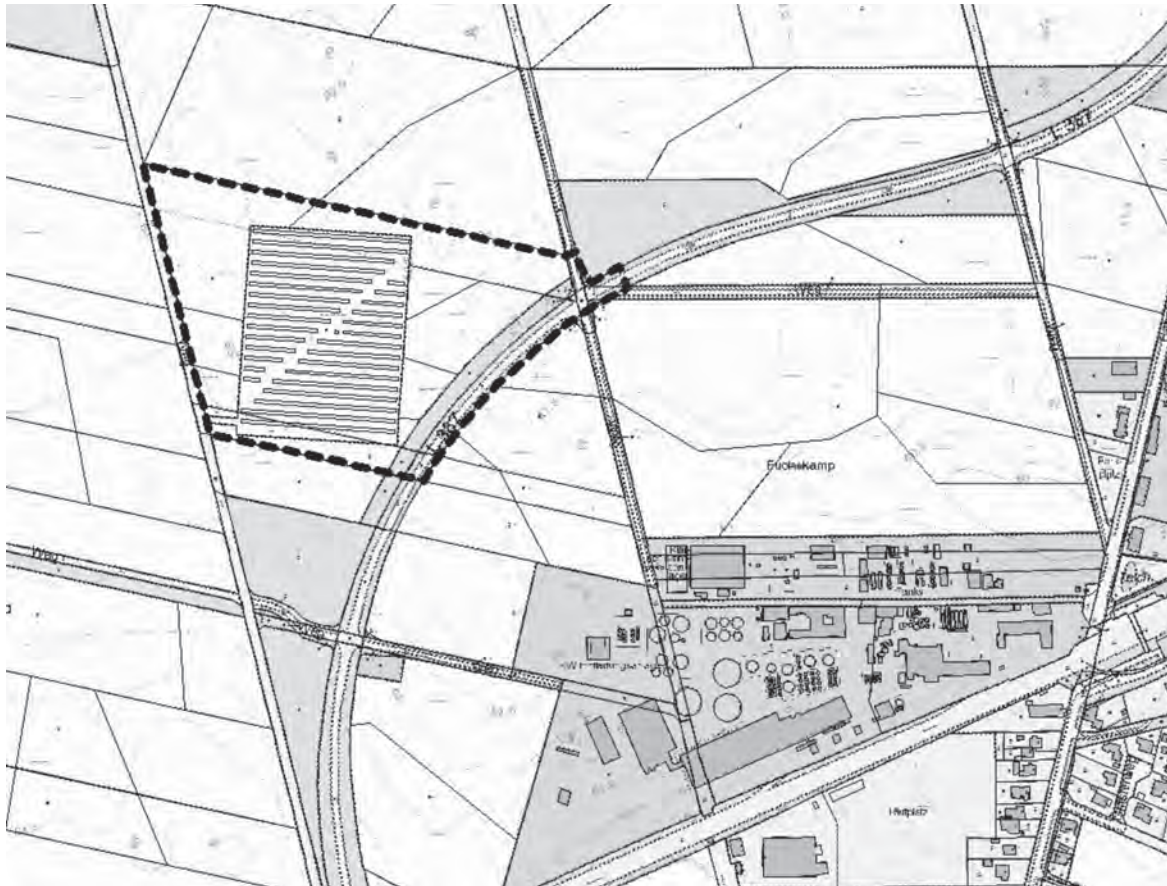
Lehrte, den 08.02.2012

L.S. STADT LEHRTE
Der Bürgermeister
Klaus Sidortschuk

3. Gemeinde UETZE

Bebauungsplan Nr. 21 „Gewerbegebiet Dollbergen Nord-West“, 1. Änderung, Ortschaft Dollbergen

Der Rat der Gemeinde Uetze hat am 15.12.2011 den Bebauungsplan Nr. 21 „Gewerbegebiet Dollbergen Nord-West“, 1. Änderung, Ortschaft Dollbergen gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) als Satzung beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist nachstehend abgedruckt:



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung © 2012 

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung liegt gem. § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich aus und kann im Fachbereich Verkehr•Umwelt•Planung der Gemeinde Uetze, Zimmer 224, Marktstraße 9, 31311 Uetze, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung wird der o.g. Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB rechtsverbindlich.

Auf die Möglichkeit, die Verletzung der in § 214 Abs. 1 BauGB aufgeführten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bauleitplans geltend zu machen, wird hingewiesen. Unbeachtlich für die Rechtswirksamkeit des Bauleitplans werden gemäß § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans oder des Flächennutzungsplans und

3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägung, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Uetze unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch einen Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Uetze, den 13.02.2012

GEMEINDE UETZE
Bürgermeister
Werner Backeberg

4. Gemeinde WEDEMARK

Bebauungsplan Nr. 03/07 „Gewerbegebiet an der BAB A 7“ im Ortsteil Berkhof

Der Rat der Gemeinde Wedemark hat in seiner Sitzung am 05.12.2011 den Bebauungsplan Nr. 03/07 „Gewerbegebiet an der BAB A 7“ gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich ist in nachstehendem Übersichtsplan dargestellt.



Der Bebauungsplan Nr. 03/07 „Gewerbegebiet an der BAB A 7“ und dessen Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB können bei der Gemeindeverwaltung - Fritz-Sennheiser-Platz 1 (Ecke Hellendorfer Kirchweg / Ortsriede) -, 30900 Wedemark-Mellendorf, während der Sprechzeiten eingesehen werden. Über den Inhalt kann Auskunft verlangt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel des Abwägungsvorgangs gem. § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Mit der Bekanntmachung im Gemeinsamen Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover tritt der Bebauungsplan Nr. 03/07 „Gewerbegebiet an der BAB A 7“ im Ortsteil Berkhof in Kraft.

Wedemark, den 09.02.2012

GEMEINDE WEDEMARK
Tjark Bartels
Bürgermeister

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Lehrter Wohnungsbau

Bekanntmachung gem. § 52 GmbH-Gesetz

Aus dem Aufsichtsrat sind ausgeschieden:

- Am 31.10.2011 Jutta Voß
ehem. Bürgermeisterin der Stadt Lehrte
- Am 31.12.2011 Hans-Herbert Kruse
ehem. Geschäftsführer der KSG Kreis-
siedlungsgesellschaft Han. mbH
- Am 15.01.2012 Hans Ahrens
ehem. Ratsherr der Stadt Lehrte
- Am 15.01.2012 Gitta Bührich
ehem. Ratsfrau der Stadt Lehrte
- Am 15.01.2012 Björn Rust
ehem. Ratsherr der Stadt Lehrte
- Am 15.01.2012 Elli Scheuer
ehem. Ratsfrau der Stadt Lehrte
- Am 15.01.2012 Martina Kamrath
ehem. Ratsfrau der Stadt Lehrte

In den Aufsichtsrat wurden durch Wahl bzw. Bestimmung
des Gesellschaftsvertrages berufen:

- Per 01.11.2011 Klaus Sidortschuk
Bürgermeister der Stadt Lehrte
– Vorsitzender –
- Per 16.01.2012 Karl-Heinz Range
Geschäftsführer der KSG Kreissied-
lungsgesellschaft Hannover mbH
- Per 16.01.2012 Burkhard Hoppe
1. stv. Bürgermeister der Stadt Lehrte
- Per 16.01.2012 Jürgen Wünsche
Ratsherr der Stadt Lehrte
- Per 16.01.2012 Clemens Witkowski
Ratsherr der Stadt Lehrte
- Per 16.01.2012 Martina Seybecke
Ratsfrau der Stadt Lehrte
- Per 16.01.2012 Petra Wegener
Ratsfrau der Stadt Lehrte

Herausgeber, Druck und Verlag
Region Hannover, Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover
Telefon: (0511) 61 62 24 18, Fax: (0511) 61 62 26 64
E-Mail: Amtsblatt@region-hannover.de
E-Mail (intern): Info_Amtsblatt
Internet: www.hannover.de

PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, H 20151

Gebühren für die Zeile (Schrift-/Leerzeile)	0,90 €
Gebühren für 1/2 Seite	61,00 €
Gebühren für 1 Seite	123,00 €
Bezugspreis (zuzüglich Versandkosten)	0,30 €

Erscheint nach Bedarf – in der Regel alle 7 Tage donnerstags –
Redaktionsschluss: jeweils mittwochs der Vorwoche um 14.00 Uhr
